



Deutsche Unternehmer sind gefordert, die Einhaltung von Menschenrechten in ihrer Lieferkette zu kontrollieren. Das verlangt nicht nur der Gesetzgeber, sondern immer öfter auch die Kunden. Sie drohen sonst mit Auftragsentzug.

DAS GUTE GEWISSEN KAUFTE MIT EIN

TEXT: MARKUS LÖNING

I. Kunden werden sensibler, sie schauen nicht nur auf das Produkt

„Es ist besser für mein Geschäft, meine Auftragsbücher sind voll.“ Die Textilfabrik war hell und sauber, die Arbeitsbedingungen waren gut und entsprachen den Standards der ILO. Dass sich gute Bedingungen rechnen, mit dieser Antwort des Geschäftsführers einer Textilfabrik am Rand von Ho-Chi-Minh-Stadt hatte ich nicht gerechnet. Am Vormittag hatte ich in einem anderen Stadtviertel noch 25 Näherinnen auf engstem Raum in einer schlecht beleuchteten (und belüfteten) Garagenwerkstatt gesehen. Sie arbeiteten zu viele Stunden, hatten keine Verträge und wurden von ihrer Chefin miserabel bezahlt.

Die Globalisierung hat in den letzten 25 Jahren Lieferketten drastisch verändert. Neue Märkte, neue Geschäftsmodelle und Wachstumschancen haben sich eröffnet. Das schafft Arbeitsplätze bei uns und Wohlstand und eine Reduzierung von Armut in Schwellenländern. Aber sie führt eben auch zu ernstesten Problemen. Einstürzende Fabriken mit Hunderten Toten, arbeitende Kinder und verarmte Kleinbauern führen zu kritischen Fragen von Verbrauchern und Öffentlichkeit. Investitionen wie etwa die weltgrößte Kupfermine Las Bambas in Peru liegen brach, weil die Rechte von Anwohnern missachtet werden.

Globale Studien belegen, dass Menschenrechte unter anderem aus diesen Gründen immer mehr in den Fokus von Geschäftsführern und Vorständen rücken. Mitarbeiter, Verbraucher und Öffentlichkeit erwarten wertorientiertes, gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln entlang der Lieferkette. Dazu gehört, dass die Menschenrechte geachtet werden.

Welchen Anforderungen sehen sich Unternehmen ausgesetzt, und welche Antworten hat liberale Politik, wenn internationale Arbeitsteilung und globaler Handel weiter zum Vorteil aller ausgebaut werden sollen?

II. Unternehmen können sich nicht aussuchen, ob sie das Recht achten

Dass Unternehmen sich rechtskonform verhalten müssen, ist unstrittig. Dazu gehört die Einhaltung der Menschenrechte, wie sie in den UN-Pakten für bürgerliche und politi-

sche Rechte sowie für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte festgeschrieben sind. Für Unternehmen wesentlich sind zudem die ILO-Kernarbeitsnormen, die das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, aber auch Gleichbehandlung, Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen festschreiben.

Neu sind an dieser Debatte zwei Aspekte. Wo Unternehmen tatsächlichen Einfluss haben - und das ist eben auch bei Teilen der Zulieferer -, tragen sie über ihren eigenen Betrieb hinaus Verantwortung, dass Normen eingehalten werden. Und zweitens wird - wie bei Finanzen oder Umweltauswirkungen - verlangt, dass Rechtskonformität auch dargelegt wird. Unternehmen können den Staat nicht ersetzen, aber sie müssen transparent machen, dass sie Recht auch beachten, wenn es nicht durchgesetzt wird.

III. NGOs und Medien üben erheblichen Druck auf Unternehmen aus

Es ist drei Jahre her, dass ich Unternehmen und Menschenrechts-NGOs zu einem Gespräch hinter verschlossenen Türen eingeladen hatte. Die Menschenrechts-NGOs wollten es kaum glauben, als der Vertreter einer großen deutschen Chemiefirma schilderte, wie seine Firma - unter dem Druck von NGOs und öffentlicher Meinung - angefangen hat, systematisch die menschenrechtlichen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit zu überprüfen: „Es war ihre Arbeit, die uns zum Umdenken bewegt hat.“

Das deckt sich mit den Ergebnissen einer Umfrage, die mein Team und ich in den letzten Wochen bei 30 großen deutschen Unternehmen durchgeführt hat. NGOs, öffentliche Meinung und die Angst vor Reputationsschäden sehen die Firmen als die drei wichtigsten Antriebsquellen von Druck, sich menschenrechtskonform zu verhalten.

Ein gutes Beispiel für gezielten öffentlichen Druck ist die Kampagne von Oxfam, die mit dem Slogan: ‚Hey Lidl, mach dich fit für fair!‘ Verbraucher dazu auffordert, ihre



Forderungen an Lidl zu unterstützen, die Lieferkette für Bananen und Ananas nachhaltiger zu gestalten. Aber auch andere NGOs verstehen es, mit solider Recherche und professioneller Medienarbeit oder Gerichtsverfahren Unternehmen erheblich unter Druck zu setzen.

Seit dem Zusammenbruch des Rana-Plaza-Gebäudes widmen sich die Medien deutlich stärker den Umständen, unter denen in Schwellen- und Entwicklungsländern für den europäischen Markt produziert wird.

IV. Ein starker „Business Case“ für Menschenrechte

Viele Unternehmen haben in den letzten Jahren erfahren, dass die Achtung der Menschenrechte eine Reihe von betriebswirtschaftlichen Aspekten hat.

1. Wer qualifizierten Nachwuchs rekrutieren will, sieht sich oft mit der Frage der Millennials konfrontiert, wie sich die Firma in gesellschaftlichen und ökologischen Fragen verhält. Es ist nicht das einzige, aber ein zunehmend wichtiges Kriterium. Etwas drastisch hat mir der Personalchef eines großen Familienunternehmens einmal erzählt: „Die haben keine Lust, im Freundeskreis zu erzählen, dass sie bei einer Arschloch-Firma arbeiten, sondern wollen stolz auf ihren Arbeitgeber sein.“

2. Regelmäßige Untersuchungen wie das Edelman-Trust-Barometer oder eine aktuelle Studie im Auftrag der Rewe-Gruppe zeigen, dass Verbraucher mehr Vertrauen in Unter-



nehmen haben, die soziale und ökologische Bedingungen verbessern und dass sie dies als Qualitätsmerkmal von Produkten bei Kaufentscheidungen berücksichtigen. Gerade junge Konsumenten erwarten von Unternehmen einen positiven Beitrag zur Gesellschaft. Diese Trends verstärken sich Jahr für Jahr. Der Einzelhandel spürt diesen Druck der Verbraucher unmittelbar. Im sehr wettbewerbsintensiven Lebensmittelhandel etwa kann man in den letzten Jahren beobachten, wie sich das Angebot von nachhaltig produzierten Waren deutlich vergrößert hat.

3. Um menschenrechtliche Auswirkungen einschätzen zu können, muss man Lieferkette und Zulieferer gut kennen. Ein professionelles Lieferantenmanagement wird von vielen Firmen dabei als die größte Herausforderung gesehen. Aber nur so können Rechteverletzungen und ihre Folgen reduziert werden: von Produktionsausfällen wegen Streiks über Haftungsrisiken bis hin zu Umsatzeinbrüchen wegen Berichten über erbärmliche Arbeitsbedingungen. Ein gutes und transparentes Management der Lieferketten trägt einerseits zur Optimierung der eigenen Prozesse bei, gleichzeitig sichert es die Bonität. Denn Finanzanalysten ziehen zunehmend die Nachhaltigkeitsberichte zur Einschätzung von Risiken heran.

4. Auch die Digitalisierung beschleunigt die Transparenz. Metro nutzt etwa neue Technologien im chinesischen Markt, um einzelne Produkte vollständig rückverfolgbar zu machen. Wegen des tiefen Misstrauens chi-

nesischer Verbraucher in die staatliche Lebensmittelkontrolle ist die Transparenz der Lieferkette ein echter Marktvorteil. Noch ist das nur für einzelne Produkte möglich. Aber digitale Technologien entwickeln sich sprunghaft, und bald wird es Tools geben, mit denen Verbraucher alles über das Produkt im Supermarktregal erfahren können. Gleichzeitig beschleunigen soziale Medien und Smartphones die Berichterstattung über schlechte Arbeitsbedingungen, Unfälle und Menschenrechtsverstöße. Videos und Bilder aus den Produktionsländern können in kürzester Zeit einen Shitstorm bei Verbrauchern und in sozialen Medien auslösen. 5. Die eingangs beschriebene Textilfabrik in Vietnam steht für ein neues Geschäftsmodell in den Produktionsländern. Die Nachfrage der großen westlichen Retailer nach Produkten, die unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt werden, hat zu Anpassungen auf der Angebotsseite geführt. Das erstaunlichste Modell stammt von einem US-Fonds, der sich an Herstellungsunternehmen beteiligt und sie dann technisch, ökologisch, betriebswirtschaftlich und insbesondere von den ILO-Standards her auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau bringt, um anschließend die Anteile wieder zu verkaufen. Aber viele Unternehmer entwickeln ihre Fabriken auch aus eigenem Antrieb oder mit Unterstützung und Know-how westlicher Kunden.

V. Gesetzliche Anforderungen an Unternehmen

2011 haben die UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die Aufgabe der Staaten zum aktiven Schutz der Menschenrechte, die Verpflichtung von Unternehmen, sie zu achten, und die Verantwortung von beiden, bei Rechteverletzungen Abhilfe zu schaffen, festgeschrieben. Seitdem haben sie sich als Maßstab etabliert und eine Reihe von Gesetzen ausgelöst. Bisher beschränken sich die meisten Gesetze auf Berichtspflichten für große Unternehmen. In einem Beschluss zum fünfjährigen Jubiläum der UN-Leitprinzipien hat der Europäische Rat klargemacht, dass er die Berichtspflichten auf mehr Firmen ausweiten und sicherstellen will, dass Betroffene von Rechtsverletzungen rechtliches Gehör finden.

VI. Die Aufgabe für Liberale: Menschenrechte und globalen Handel unter einen Hut bringen

Liberale stehen für ein werteorientiertes Unternehmertum, das zum Wohl der Gesellschaft beiträgt. Familienunternehmen sind hier besonders stark. Diese Firmen brauchen politische Unterstützung. Die Durchsetzung von Rechten funktioniert in vielen Ländern nur schlecht. Bundesregierung und EU-Kommission müssen bei Kontakten mit den Regierungen von Produktionsländern deutlich machen, wie wichtig ein verlässlicher Rahmen und die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen für Unternehmen sind. Hilfe beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen muss ein wesentlicher Teil von Entwicklungszusammenarbeit sein und sich in Handelsverträgen niederschlagen.

Menschen, Waren, Kapital und Informationen bewegen sich heute frei um den Globus. Die Durchsetzung von Recht hat dabei mit der Entwicklung nicht mitgehalten. Hier müssen Lücken geschlossen werden, insbesondere beim rechtlichen Gehör für Betroffene von Rechtsverletzungen und der Durchsetzung von Schadensersatz über Grenzen hinweg. ●

📢 **Unter dem Titel „Freiheit verpflichtet! Weltweit!“ haben die Friedrich-Naumann-Stiftung und Markus Löning eine Reihe von Veranstaltungen zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte organisiert. #EFNASIA2016**



MARKUS LÖNING war von 2010 bis 2013 Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung und von 2002 bis 2009 Bundestagsabgeordneter. Er hat Anfang 2014 „Löning – Human Rights & Responsible Business“ gegründet, um Unternehmen strategisch bei der Erfüllung ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten zu beraten.

📧 redaktion@libmag.de

